

Hintergrundpapier zum Presse-Briefing 06. September 2019
(„Vor den Gipfeln“: Journalismus, nachhaltige Entwicklung und Klimawandel)

Die EU und die 2030 Agenda: Die neue EU-Kommission muss endlich aktiv werden!

Christine Hackenesch¹

Wie hat die EU die 2030 Agenda bislang umgesetzt?

Die gesellschaftliche Mobilisierung für die drei Dimensionen von nachhaltiger Entwicklung (ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit) ist derzeit so hoch wie nie zuvor. Trotzdem war die amtierende EU-Kommission wenig ambitioniert in der Umsetzung der 2030 Agenda. Sie überlässt die grundlegenden Entscheidungen dazu der neuen Kommission. Obwohl die EU behauptet, [ein Vorreiter bei der Umsetzung der 2030 Agenda zu sein](#), bleibt die Implementierung bislang auf wenige Politikfelder begrenzt. Was fehlt ist eine umfassende Strategie, die ambitionierte Ziele formuliert und operationalisiert. Diese Ziele müssten sich auf die EU und ihre Mitgliedsstaaten sowie auf EU-interne Politikfelder sowie die Außenbeziehungen mit Entwicklungs- und Industrieländern beziehen.

Was hat sich konkret getan?

In den binnenorientierten Politikfeldern hat die EU sich bemüht, Fortschritte im Hinblick auf [Kreislaufwirtschaft](#) und nachhaltigen Konsum und Produktion zu machen. In den Außenbeziehungen hat die EU-Kommission die 2030 Agenda bisher v.a. in die Ziele, Strategien und Instrumente der Entwicklungspolitik integriert¹. Neue Handelsabkommen (bspw. EU-Canada, EU- Japan, EU-Mercosur) umfassen zwar nicht nur Nachhaltigkeitskapitel mit Bezug auf die SDGs und machen auch die Umsetzung des Paris-Abkommens zu einer Bedingung für das Abkommen. Es bleibt aber Zweifel, wie wirksam diese sein werden. In der Fischereipolitik, Agrar-, Klima-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat sich grundsätzlich wenig geändert. Negative spill-over Effekte der EU auf andere Länder und die planetarischen Grenzen werden kaum adressiert. In den Verhandlungen zum nächsten, für die SDG-Erreichung entscheidenden Mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) hat die 2030 Agenda jenseits der Entwicklungspolitik bislang kaum eine Rolle gespielt. [Eurostat](#) berichtet inzwischen jedes Jahr über den Fortschritt der Umsetzung der SDGs in Europa. Da allerdings für die meisten Bereiche auf die EU umgesetzte quantifizierte und zeitgebundene Ziele fehlen, kann Eurostat keine entsprechende Bewertung vornehmen.

Welchen Beitrag leistet die EU zum Erfolg der SDG- und Klimagipfel?

Beim HLPF im Juli 2019 ist die EU kaum in Erscheinung getreten. Ihre [Berichterstattung für das HLPF](#) hat sich v.a. auf die Entwicklungspolitik bezogen. In Vorbereitung auf den Klimagipfel im September haben die EU Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat am 30. Juni 2019 ihre Unterstützung für die 2030 Klima- und Energiestrategie betont. Sie konnten sich allerdings nicht auf Klimaneutralität

¹ Beispielsweise hat die EU eine neue Entwicklungspolitische Strategie für die EU und ihre Mitgliedsstaaten verabschiedet, den Europäischen Konsens für Entwicklung.

bis 2050 einigen, sondern lediglich auf das Ziel, bis 2050 die Emissionen auf 80-95 Prozent zu reduzieren (im Vergleich zu 1990).

Was ist von der neuen Kommission bei der Umsetzung der 2030 Agenda zu erwarten?

Die neue EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit prominent in ihren [politischen Leitlinien für die EU-Kommission 2019-2024](#) verankert. Sie schlägt u.a. einen „europäischen Grünen Deal“ vor; die EU soll Klimaneutralität bis 2050 gesetzlich verankern. Dieser Plan soll bereits in den ersten 100 Tagen ihrer Präsidentschaft verabschiedet werden. Daneben strebt von der Leyen auch an, das Europäische Semester zu reformieren und an den SDGs auszurichten. Eine der größten Herausforderungen für Ursula von der Leyen wird darin bestehen, dass sie im europäischen Parlament nur mit einer hauchdünnen Mehrheit gewählt wurde. Das Parlament ist nach der Wahl fragmentierter als je zuvor und die Kommissionspräsidentin kann sich nicht auf die Unterstützung durch eine stabile ‚große Koalition‘ aus Konservativen und Sozialdemokraten verlassen. Sie ist bei der Umsetzung der verschiedenen Reformvorschläge außerdem maßgeblich auf die Unterstützung der Mitgliedsstaaten angewiesen sein. Nicht zuletzt wird ihr Erfolg auch dadurch beeinflusst, ob die Mitgliedsstaaten Kommissare und Kommissarinnen nach Brüssel entsenden, die ihr Programm mittragen.

Die Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem Gipfel am 20. Juni die [neue strategische Agenda 2019-2024](#) verabschiedet, die Handlungskorridore für die Entwicklung der EU in den kommenden Jahren skizzieren soll. Die Strategische Agenda bleibt sehr vage, definiert keine konkreten Ziele und bleibt hinter den [Schlussfolgerungen](#) des Europäischen Rates vom Oktober 2019 zurück. Die Weiterentwicklung dieses Prozesses kann für die inhaltliche Ausrichtung der EU-Kommission eine wichtige Rolle spielen.

Wie kann deutsche EU-Politik die Umsetzung der 2030 Agenda in Europa unterstützen?

Deutschland sollte die Umsetzung der 2030 Agenda jetzt deutlich stärker als bisher zu einem zentralen Thema seiner Europapolitik machen, nicht erst und nicht nur während der EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, dass die EU wie vom Europäischen Rat im Oktober 2018 gefordert eine umfassende Strategie erarbeitet, die konkrete Ziele setzt und eine Überprüfung der Implementierungsfortschritte erlaubt. Das Reflexionspapier der EU-Kommission vom Januar 2019 bietet eine Basis für diese Debatte. Deutschland sollte die neue Kommissionspräsidentin dabei unterstützen, die Umsetzung der Strategie durch eine Reform des Europäischen Semesters entlang der Nachhaltigkeitsziele zu stärken.

Die Bundesregierung sollte sich außerdem dafür einsetzen, dass die 2030 Agenda prominent im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen verankert wird. Die Verhandlungen dazu laufen bereits seit 2018, werden aber vermutlich erst in 2020 in ihre entscheidende Runde kommen. Deutschland sollte auch sicherstellen, dass sich insbesondere die EU-Agrarpolitik und die Kohäsionsfonds, aber auch die Industrie- und Forschungspolitik (z.B. Digitalisierung) stärker an den SDGs ausrichten und die sozialen Disparitäten in der EU abgebaut werden.

ⁱ Dr. Christine Hackenesch ist Politikwissenschaftlerin am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und leitet dort das Forschungsprogramm „Inter- und transnationale Zusammenarbeit“